Kleine Anfrage

der Abg. Rita Haller-Haid SPD

und

Antwort

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Zusammenlegung der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim?

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Arten von Synergieeffekten werden aus der geplanten Fusion der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim erwartet, wie groß werden sie unter quantitativen Gesichtspunkten angesetzt und mit welcher Wahrscheinlichkeit werden sie kalkuliert?
2. Welche Gründe waren für die beiden Esslinger Fachhochschulen ausschlaggebend, sich aus dem Studentenwerk Hohenheim zu lösen und welche Vorteile erwarten sie demgegenüber aus der Betreuung durch das Studentenwerk Stuttgart?
3. Wie lauten die Beschlüsse, mit denen die Verwaltungsräte der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim ihre Positionen zu einer Fusion festgelegt haben?
4. Ist die Landesregierung bereit, den gesamten „Mehrwert“ aus der geplanten Fusion mit einer Garantie zur Qualitätsverbesserung in den beiden für die Fusion vorgesehenen Studentenwerken zu belassen, die Landeszuschüsse nicht zu kürzen und diese beiden Garantien im Staatshaushaltsplan festzuschreiben?
5. Wie werden sich unter solchen Garantien, die in den beiden für die Fusion vorgesehenen Studentenwerken offensichtlich erwartet werden und insofern Grundlage der Fusionsanträge sind, die Finanzzuweisungen an das künftig fusionierte Studentenwerk Tübingen–Hohenheim entwickeln und mit welchen Zusatzbelastungen ist für den Landeshaushalt aus dieser Fusion insgesamt zu rechnen?

6. Hat die Orts- und Problemnähe der bisherigen Studentenwerksleitungen und -gremien nicht qualitativ bessere Ergebnisse im Hinblick auf die Leistungen der Studentenwerke gebracht, als es von einer neuen, zentralistischen und damit sachferneren Beratungs- und Entscheidungsebene erwartet werden kann?
7. Mit welchen Folgen und ggf. Nachteilen haben die Beschäftigten der Studentenwerke Hohenheim und Tübingen und die Mitglieder von Organen der beiden Studentenwerke kurz-, mittel- und langfristig aus dieser Fusion zu rechnen?
8. Welche Haltungen haben die Vertretung des Wissenschaftsministeriums im Verwaltungsrat der Studentenwerke (s. § 6 Abs. 3 Ziffer 4 Studentenerkengesetz) und ggf. die Vertretungen der Sitzkommunen in den jeweiligen Verwaltungsräten zu einer möglichen Fusion eingenommen?
9. Wie sieht der weitere Verfahrens- und Zeitplan aus im Hinblick auf die durch eine solche Fusion notwendig werdende Novellierung des Studentenerkengesetzes und den Erlass der notwendigen Rechtsverordnung mit Zustimmung des Landtags?
10. Unter welchen Gesichtspunkten, von wem und ggf. mit welchem Ergebnis wurde die Fusion der Studentenwerke Hohenheim und Stuttgart geprüft, deren „Sitz-Universitäten“ sich in vielfachen anderen Zusammenhängen kooperierend verflochten haben?

17. 05. 2006

Haller-Haid SPD

Begründung

Fusionen, auch nicht solche zwischen Studentenwerken, sind nicht von vornherein und ungeprüft abzulehnen, sondern an den guten Effekten zu messen die sie bewirken im Hinblick auf Qualität, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit etc. Die geplante Fusion zwischen den Studentenwerken Tübingen und Hohenheim aber wirft Fragen auf, deren schlüssige Beantwortung notwendig ist, um sich eine begründete Meinung über dieses Vorhaben zu bilden.

Antwort

Mit Schreiben vom 13. Juni 2006 Nr. 44–667.0/68 beantwortet das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. *Welche Arten von Synergieeffekten werden aus der geplanten Fusion der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim erwartet, wie groß werden sie unter quantitativen Gesichtspunkten angesetzt und mit welcher Wahrscheinlichkeit werden sie kalkuliert?*

Das *Studentenwerk Hohenheim* ist das kleinste Studentenwerk im Land. Es hat in der Vergangenheit aller Anstrengungen bedurft, über die Substanzer-

haltung hinaus noch die Verbesserungen in der Versorgungssituation seiner Studierenden in Angriff zu nehmen. Trotz einer an sich schlanken Personalstruktur weist das Studentenwerk Hohenheim aufgrund seiner jetzt schon geringen Größe eine nicht so günstige Relation zwischen dem administrativem Overhead und den Leistungsbereichen auf. Zum anderen ist die Innenfinanzierungskraft dieses kleinen Studentenwerks naturgemäß weit schwächer als die der großen Studentenwerke des Landes. Allerdings sind auch die Mieten und die Semesterbeiträge geringer als in Tübingen. Das Studentenwerk Hohenheim sieht einen Investitionsbedarf insbesondere im Bereich des studentischen Wohnens, der nach den für alle Studentenwerke gleichermaßen geltenden Regeln zu 80 % vom Studentenwerk selbst zu finanzieren ist.

Das *Studentenwerk Tübingen* ist von der Zahl der von ihm betreuten Studierenden her ein eher mittelgroßes Studentenwerk. Nach einer weit überdurchschnittlichen Subventionierung durch das Land insbesondere im Zusammenhang mit der Studentenwohnanlage Waldhäuser-Ost hat es seine in der Vergangenheit bestandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten jetzt überwunden. Nach wie vor fällt jedoch sein in Relation zu anderen Studentenwerken überdurchschnittlich hoher Personalstand auf. Andererseits verfügt es aber auch über eine nicht unbeträchtliche Innenfinanzierungskraft. Das Studentenwerk Tübingen hat einen Investitionsbedarf insbesondere im Bereich der Mensensanierung (Mensen Wilhelmstraße und Morgenstelle), der trotz eines gewissen Eigenanteils des Studentenwerks ganz überwiegend von Landesseite zu finanzieren sein wird. Eine Finanzierung aus Landesmitteln erscheint aber auch auf mittlere Sicht nur denkbar, wenn die für Investitionsvorhaben benötigten Mittel nicht durch notwendig werdende Überbrückungshilfen an kleinere Studentenwerke gebunden werden.

Bei einem Zusammengehen beider Studentenwerke erscheinen im Zuge von Personalfluktuationen auf mittlere Sicht Einsparungen beim administrativen Overhead (insbesondere durch Abbau von Parallelfunktionen auf der Leitungsebene) in Höhe von mindestens 500.000 € jährlich realistisch. Ein über das gemeinsame Studentenwerk gleichmäßiger Personaleinsatz würde unter Abbau von Personalüberhängen eine flächendeckende Verbesserung der Leistungsangebote ermöglichen. Gleichzeitig blieben landesseitig die haushaltsmäßigen Spielräume gewahrt, die notwendig sind, um die Mensensanierung in Tübingen in einer realistischen Zeitperspektive konkret anzugehen.

2. Welche Gründe waren für die beiden Esslinger Fachhochschulen ausschlaggebend, sich aus dem Studentenwerk Hohenheim zu lösen und welche Vorteile erwarten sie demgegenüber aus der Betreuung durch das Studentenwerk Stuttgart?

Bei dem aufgrund der Übereinkunft der Universität Hohenheim zu einer engeren Kooperation mit der Universität Tübingen angestoßenen Wunsch der Esslinger Hochschulen nach einem Wechsel zum Studentenwerk Stuttgart, hat die enge Anbindung an die Region Stuttgart (Nahverkehr, Kultur, Sozialeinrichtungen) eine bedeutende Rolle gespielt. Daneben hat die überdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Stuttgarter Studentenwerkes mit zur Attraktivität beigetragen. So bietet der Wechsel zum Studentenwerk Stuttgart die Möglichkeit einer Verbesserung der Wohnraumsituation für die Esslinger Studierenden, z.B. durch ein neues Wohnheim in Untertürkheim sowie eine mögliche Unterbringung von Gastdozenten in einem neuem Wohnheim in Stuttgart.

3. Wie lauten die Beschlüsse, mit denen die Verwaltungsräte der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim ihre Positionen zu einer Fusion festgelegt haben?

Der *Verwaltungsrat des Studentenwerks Hohenheim* hat in seiner Sitzung vom 23. November 2005 nach ausführlicher Diskussion es dem Vorsitzenden überlassen, das Votum abschließend zu formulieren. Durch Schreiben des Geschäftsführers des Studentenwerks Hohenheim vom 1. Februar 2006 wurde daraufhin – nach nochmaliger Abstimmung im Umlaufverfahren (§ 7 Abs. 6 Satz 2 StWG) – mitgeteilt:

„Das Studentenwerk Hohenheim hat zur Kenntnis genommen, dass die Hochschulen in Esslingen nach ihrer Fusion am 1. Oktober 2006 die soziale Betreuung ihrer Studierenden vom Studentenwerk Stuttgart vornehmen lassen wollen. Wir bedauern diesen Schritt sehr.

Für das Studentenwerk Hohenheim bedeutet ein Wechsel der Esslinger Hochschulen in der studentischen Betreuung ein Verlust von rund einem Drittel der Studierenden. Das Studentenwerk Hohenheim, das bereits jetzt zu den kleinsten im Land zählt, erreicht damit eine Größenordnung, die unter langfristigen Kriterien und wirtschaftlichen Gesichtspunkten eher kritisch gesehen werden muss. Einer in vielerlei Hinsicht wünschenswerten Intensivierung der Betreuungsleistungen sind damit deutliche personelle und finanzielle Grenzen gesetzt. Erste Wirtschaftlichkeitsanalysen zeigen, dass ein Wechsel der Esslinger Hochschulen die Neuorientierung des Studentenwerks Hohenheim erforderlich macht.

Vor diesem Hintergrund und dem zwischen den Hochschulen der Hochschulregion Tübingen-Hohenheim geschlossenen Rahmenkooperationsabkommen wollen die beteiligten Hochschulen nun einvernehmlich die Situation nutzen, um ein gemeinsames Studentenwerk Tübingen-Hohenheim zu schaffen. Das Studentenwerk Hohenheim bittet deshalb das Wissenschaftsministerium um Unterstützung bei diesem Vorhaben.“

Der *Verwaltungsrat des Studentenwerks Tübingen* hat in seiner Sitzung vom 13. April 2006 beschlossen:

- „1. Der Verwaltungsrat beschließt die Fusion der beiden Studentenwerke zum 1. Oktober 2006 oder einige Monate später anzustreben.
2. Bei der Gestaltung des Prozesses möchte der Verwaltungsrat folgende Prinzipien realisiert wissen:
 - Die erzielbare Effizienzrendite soll im Betrieb verbleiben und zur Verbesserung des Services für die Studierenden eingesetzt werden; sie soll im Verlauf des Prozesses genauer beziffert werden.
 - Die Kooperationsformen bei der Prozessgestaltung sollen dem Prinzip der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit beider Studentenwerke auf gleicher Augenhöhe entsprechen.
3. Der Verwaltungsrat wünscht, dass Gestaltungsbeschlüsse der beiden Verwaltungsräte laufend und einvernehmlich erfolgen. Dazu sind gemeinsame Sitzungen und separate Beschlussfassungen vorgesehen.
4. Insbesondere wünscht der Verwaltungsrat, auch an der Formulierung der Rechtsverordnung beteiligt zu sein.
5. Die Möglichkeit des Prozessstopps soll gegeben sein. Eine diesbezügliche Entscheidung soll bei der Beratung der Rechtsverordnung im Juni (bis 30. Juni 2006) erfolgen können.“

4. *Ist die Landesregierung bereit, den gesamten „Mehrwert“ aus der geplanten Fusion mit einer Garantie zur Qualitätsverbesserung in den beiden für die Fusion vorgesehenen Studentenwerken zu belassen, die Landeszuschüsse nicht zu kürzen und diese beiden Garantien im Staatshaushaltsplan festzuschreiben?*

Die bislang für das Studentenwerk Hohenheim vorgesehene Finanzhilfe wird auf der Basis der für alle Studentenwerke bis einschließlich 2009 geltenden Verteilungsparameter nach Maßgabe der Zu- und Abgänge auf das Studentenwerk Stuttgart und das neue Studentenwerk Tübingen–Hohenheim verteilt (siehe Anlage 1).

Dadurch dass die aufgrund § 12 Abs. 5 Studentenwerksgesetzes (StWG) durch Verwaltungsvorschrift bis 2009 festgeschriebenen Parameter für die Finanzhilfe konstant bleiben, wird dem neuen gemeinsamen Studentenwerk Tübingen–Hohenheim gewährleistet, dass aus der Neugliederung resultierende Synergieeffekte ihm erhalten bleiben und für einen verbesserten Leistungsstandard genutzt werden können.

5. *Wie werden sich unter solchen Garantien, die in den beiden für die Fusion vorgesehenen Studentenwerken offensichtlich erwartet werden und insofern Grundlage der Fusionsanträge sind, die Finanzaufweisungen an das künftige Studentenwerk Tübingen–Hohenheim entwickeln und mit welchen Zusatzbelastungen ist für den Landeshaushalt aus dieser Fusion insgesamt zu rechnen?*

Die Neugliederung ist für den Staatshaushalt 2007/08 finanzneutral.

6. *Hat die Orts- und Problemnähe der bisherigen Studentenwerksleitungen und -gremien nicht qualitativ bessere Ergebnisse im Hinblick auf die Leistungen der Studentenwerke erbracht, als es von einer neuen, zentralistischen und damit sachferneren Beratungs- und Entscheidungsebene erwartet werden kann?*

Ein gemeinsames Studentenwerk Tübingen–Hohenheim wird zu den großen Studentenwerken des Landes gehören. Es steht dann in einer Reihe nicht nur mit den räumlich konzentrierten Studentenwerken Stuttgart und Heidelberg, sondern auch mit dem stark in die Fläche gehenden Studentenwerk Freiburg, dessen Leistungen auch nicht unter einer mangelnden Sach- oder Ortsnähe der Entscheidungsebenen leiden.

7. *Mit welchen Folgen und ggfs. Nachteilen haben die Beschäftigten der Studentenwerke Hohenheim und Tübingen und die Mitglieder von Organen der beiden Studentenwerke kurz-, mittel- und langfristig aus dieser Fusion zu rechnen?*

Die Verwaltungsratsvorsitzenden sowohl des Studentenwerks Tübingen als auch des Studentenwerks Hohenheim haben für den Fusionsfall für alle Mitarbeiter Arbeitsplatzgarantien ausgesprochen. Dies schließt aber bei fluktuationsbedingten Vakanzen betriebswirtschaftlich notwendige Anpassungsprozesse nicht aus. Durch eine Fusion wird dieser Anpassungsdruck in den Leistungsbereichen tendenziell eher abnehmen, im Leitungsbereich und bei den zentralen Diensten aber aktuellere Bedeutung gewinnen.

Für einzelne Gremienmitglieder können sich – abhängig von den Sitzungsorten – bei den zwei bis drei Sitzungen pro Jahr im Einzelfall etwas verlängerte Anfahrtswege ergeben.

8. *Welche Haltungen haben die Vertretung des Wissenschaftsministeriums im Verwaltungsrat der Studentenwerke (s. § 6 Abs. 3 Ziff. 4 Studentenwerksgesetz) und ggfs. die Vertretungen der Sitzkommunen in den jeweiligen Verwaltungsräten zu einer möglichen Fusion eingenommen?*

Die Gremienbeschlüsse sind teilweise einstimmig, ansonsten aber jedenfalls mit deutlicher Mehrheit gefasst worden. Über Diskussionsbeiträge und Stimmverhalten einzelner Mitglieder in nichtöffentlicher Sitzung (§ 7 Abs. 4 StWG) kann im Einzelnen nicht Auskunft gegeben werden.

9. *Wie sieht der weitere Verfahrens- und Zeitplan aus im Hinblick auf die durch eine solche Fusion notwendig werdende Novellierung des Studentenwerksgesetzes und den Erlass der notwendigen Rechtsverordnung mit Zustimmung des Landtags?*

Es ist geplant, den Gesetzentwurf für eine Änderung des Studentenwerksgesetzes zusammen mit dem Entwurf für eine Rechtsverordnung über die Fusion der Studentenwerke Hohenheim und Tübingen im Herbst dem Landtag zuzuleiten.

Die ohne vorherige Änderung des Studentenwerksgesetzes mögliche Rechtsverordnung über die Zuweisung der Esslinger Hochschulen zum Studentenwerk Stuttgart sollte im Hinblick auf die bereits in den Semesterferien vorzunehmenden logistischen Umstellungsmaßnahmen getrennt davon noch vor der Sommerpause dem Landtag zugeleitet werden.

10. *Unter welchen Gesichtspunkten, von wem und ggf. mit welchem Ergebnis wurde die Fusion der Studentenwerke Hohenheim und Stuttgart geprüft, deren „Sitz-Universitäten“ sich in vielfachen anderen Zusammenhängen kooperierend verflochten haben?*

Mit dem in § 42 Abs. 2 S. 1 LHG geregelten Optionsrecht haben die Hochschulen des Landes bewusst eine entscheidende Rolle bei Neugliederungen im Bereich der sozialen Betreuung Studierender eingeräumt bekommen. So könnten die Hochschulen diese Aufgabe auch selbst übernehmen. Möglich ist auch, dass sich einzelne Hochschulen von einem Studentenwerk trennen und sich einem anderen, von seiner örtlichen Lage her ebenfalls in Betracht kommenden Studentenwerk anschließen. Die Rechtsposition der Studentenwerke als Serviceeinrichtungen ist demgegenüber bewusst schwächer ausgestaltet worden, indem sich ihre Mitwirkung auf ein Anhörungsrecht beschränkt.

Sämtliche in irgendeiner Form betroffene Hochschulen aus dem Bereich der Studentenwerke Hohenheim und Tübingen haben die Zusammenführung der beiden Studentenwerke entweder ausdrücklich gefordert oder sich mit ihr einverstanden erklärt. Das Optionsrecht der Hochschulen ernst zu nehmen bedeutet, diesem unisono geäußerten Wunsch Rechnung zu tragen, auch wenn es andere wirtschaftlich ebenso darstellbare Fusionslösungen geben sollte. Dies gilt umso mehr, als die Verwaltungsräte der betroffenen Studentenwerke jeweils zustimmende Stellungnahmen beschlossen haben.

Dr. Frankenberg
Minister für Wissenschaft,
Forschung und Kunst

Anlage 1:

	Stud. Umsätze Mensalien 2003	Finanzhilfe 0,195 € pro 1 € Umsatz	Beitrags- zahler	10,50 € pro Beitrags- zahler	Mensen <150 T€	18.000 € pro Einheit	Mensen >150 T€	225.000 € pro Einheit	Ausgabe- stellen	18.352 € pro Einheit	Kinder- betreu- ungs- plätze	3.250 € pro Kinder- betr.platz	ausl. Stud.	27 € pro ausl. Stud.	Finanzhilfe
Rest- Hohenheim	1.210.717	236.089,82	9.143	96.001,50	-	-	1	225.000	1	18.352	10	32.500	1.325	35.775	643.718,32
+ Tübingen alt	4.958.241	966.857,00	28.511	299.365,50	-	-	4	900.000	4	73.408	70	227.500	4.634	125.118	2.592.248,50
Tübingen- Hohenheim neu	6.168.958	1.202.946,82	37.654	395.367,00	-	-	5	1.125.000	5	91.760	80	260.000	5.959	160.893	3.235.966,82